Vertrag über die Mittagsverpflegung der Magister-Hering-Grundschule in Oschatz

Zwischen dem

Stadtverwaltung Oschatz
Neumarkt 1
04758 Oschatz

– nachstehend **Auftraggeber** genannt –

und der Firma

– nachstehend **Auftragnehmer** genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Vertragsgegenstand

Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer die Herstellung und Ausgabe der Mittagsverpflegung für die

Magister-Hering-Grundschule, Karl-Liebknecht-Str. 1, 04758 Oschatz

nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages.

§ 2

Vertragsbestandteile

Vertragsbestandteile sind ergänzend und nachrangig zu den Regelungen dieses Vertrages in folgender Reihenfolge:

1. die Leistungsbeschreibung zur Vergabe vom xx.xx.2025,
2. ggf. die Beantwortung eingegangener Bieterfragen,
2. das Angebot des Auftragnehmers vom xx.xx.2025 zur Vergabe vom xx.xx.2025,
4. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

Gemäß den Bedingungen des durchgeführten Vergabeverfahrens sind die AGB des Auftragnehmers ausgeschlossen.

Soweit in diesem Vertrag nicht anders festgelegt, gelten folgende zusätzliche Richtlinien und Bestimmungen in der jeweils gültigen Fassung:

1. Infektionsschutzgesetz (IfSG)
2. Bestimmungen der Lebensmittelhygieneverordnung (LMHV) bzw. Verordnung (EG) Nr. 852/2004 über Lebensmittelhygiene
3. Liste der nach den „Richtlinien für die Prüfung chemische Desinfektionsmittel“ geprüften und von der deutschen Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie als wirksam befundenen Desinfektionsverfahren (abgekürzt DGHM-Liste) oder der Desinfektionsmittelliste der Veterinärmedizinischen Gesellschaft für den Lebensmittelbereich (DVG Liste)
4. Unfallverhütungsvorschriften (UVV) / BG-Regel 111 – Arbeiten in Küchenbetrieben
5. Entsorgung von Speiseresten gem. Verordnung (EG) 1774/2002
6. Alle sonstigen einschlägigen Gesetze und Verordnungen, die mit der Herstellung, Verteilung und Lagerung von Lebensmittel gültig sind.

§ 3

Leistungsumfang und –durchführung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die aus diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen jederzeit fachgerecht und ordnungsgemäß durchzuführen und die Magister-Hering-Grundschule mit einer kindgerechten, gesundheitsförderlichen Verpflegung entsprechend der als Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Leistungsbeschreibung (Anlage 1) zu versorgen. Dabei kommt das im Angebot vom Auftragnehmer bezeichnete Verpflegungssystem zur Anwendung.
- (2) Grundlage für die Durchführung der Leistungen sind die Leistungsbeschreibung zur Vergabe vom xx.xx.2025 sowie das Angebot des Auftragnehmers vom xx.xx.2025.
- (3) Der Auftraggeber behält sich vor, die Qualität, Quantität und die Temperatur der Speisen stichprobenartig zu kontrollieren und auch zu protokollieren.

§ 4

Pflichten des Auftragnehmers/Personal

- (1) Der Auftragnehmer stellt die für die Zubereitung, Ausgabe und notwendigen Nacharbeiten gemäß der Leistungsbeschreibung erforderlichen Arbeitskräfte. Er verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges und geeignetes Personal einzusetzen.

Arbeitskräfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind auf Verlangen des Auftraggebers abzulösen. Der Auftraggeber behält sich vor, das Personal auf Zuverlässigkeit und Eignung zu prüfen und die Vorlage von polizeilichen Führungszeugnissen zu verlangen.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet,
- a) Arbeitsverträge auch bei geringfügig Beschäftigten schriftlich abzuschließen (der Einsatz von Leiharbeitern ist unzulässig),
 - b) ausländische Arbeitnehmer nur mit gültigen Arbeitsgenehmigungen zu beschäftigen; auf Verlangen des Auftraggebers ist dies nachzuweisen,
 - c) das eingesetzte Personal muss sich in der deutschen Sprache in Wort und Schrift verständigen können,
 - d) nur solches Personal einzusetzen, bei dem vor Arbeitsaufnahme die vorgeschriebenen Untersuchungen und Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) in der jeweils gültigen Fassung durchgeführt wurden. Dem Auftraggeber sind die Untersuchungsergebnisse auf Verlangen vorzulegen. Der Auftragnehmer darf Personal, welches sich vor der Arbeitsaufnahme nicht den vorgeschriebenen Untersuchungen und Belehrungen unterzieht, oder bei welchem eine ansteckende Krankheit durch die Gesundheitsbehörde festgestellt wird, nicht bzw. nicht mehr für die Durchführung der Leistungen beschäftigen. Die Kosten der Untersuchungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.
 - e) alle gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Verarbeitung, Verteilung und Lagerung von Lebensmitteln und sonstige einschlägige Vorschriften sind zu beachten.
- (3) Der Auftragnehmer hat durch organisatorische Maßnahmen (u.a. Einstellung von Ersatzkräften/Anordnung von Überstunden) sicherzustellen, dass die Leistungsdurchführung durch Personalausfälle nicht beeinträchtigt wird.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet die Arbeitskräfte:
- a. Verschwiegenheit über bekanntgewordene dienstliche Vorgänge zu wahren,
 - b. Gegenstände, die in den Räumen der jeweiligen Einrichtung gefunden werden, unverzüglich den Mitarbeitern zu übergeben.
- (5) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers jede Arbeitskraft auszutauschen.
- (6) Personen, die der Auftragnehmer nicht mit Tätigkeiten im Rahmen der Essenversorgung betraut hat, dürfen nicht in das Gebäude mitgenommen werden.

- (7) Das Hausrecht und die Aufsichtspflicht des Auftraggebers in der gesamten Einrichtung bleiben hierdurch unberührt. Insbesondere kann der Auftraggeber Mitarbeitern des Auftragnehmers den Zutritt in die Einrichtung und das Einrichtungsgelände verweigern, wenn hierfür ein gewichtiger Grund vorliegt.
- (8) Mängel und Schäden an den Räumen und Einrichtungsgegenständen sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- (9) In dem Gebäude und auf dem gesamten Gelände der Einrichtung ist das Rauchen und der Konsum von Alkohol sowie anderen Suchtmitteln verboten. Der Auftragnehmer verpflichtet die Arbeitskräfte zur Einhaltung dieses Verbots.

§ 5 Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber stellt sicher, dass die entsprechenden Räumlichkeiten zur Anlieferung der Waren, zur Zubereitung und Speisenresteentsorgung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Auftragnehmers zugänglich sind.
- (2) Ansprechpartner/Ansprechpartnerin:
Für Fragen in Zusammenhang mit der Ausführung der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistung steht ihm während der Geschäftszeiten (z.Zt. von 8.00 bis 16.30 Uhr), ausgenommen an Samstagen, Sonn- und Feiertagen die Schulleitung am Vormittag und die Hortleitung ab 11.00 Uhr zur Verfügung.

§ 6 Versorgungsversicherung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Versorgung des Auftraggebers auch im Falle eines eigenen Lieferungsausfalles (z.B. Betriebsausfall, Produktionsstörungen, Notstand etc.) durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.

§ 7 Preise und Abrechnung

- (1) Die Bereitstellung des Mittagessens erfolgt zu den im Angebot festgelegten Festpreisen. Der Auftragnehmer schließt mit den Sorgeberechtigten einen privatrechtlichen Vertrag über die Versorgungsleistung für ihre minderjährigen Kinder ab.
- (2) Eine Preisanpassung während der ersten zwölf Monate der Vertragslaufzeit ist nicht zulässig. Danach kann eine Preisanpassung für Änderungen der Personalkosten und Nahrungsmittelkosten mit einer Vorlaufzeit von 3 Monaten durch die jeweilige Vertragspartei schriftlich geltend gemacht werden. Sie kann nicht rückwirkend geltend gemacht werden. Entsprechende Nachweise sind mit der Preisanpassung vorzulegen. Eine Prüfung der Preisanpassung bleibt dem Auftraggeber vorbehalten. Eine Preiserhöhung/-

minderung ist dann zulässig, wenn nachfolgende Gründe vorliegen:

- a. Erhöhung von Personalkosten aufgrund von Mindestloohnerhöhungen und Tarifverträgen die vom Gesetzgeber als allgemein verbindlich erklärt wurden.
- b. Steigerung/Senkung des Preisindex des Statistischen Bundesamtes für Nahrungsmittel um mehr als 5 Prozentpunkte.

Jede Preisanpassung gilt stets für 12 Monate. Während dieser jeweiligen Laufzeiten sind keine weiteren Preisanpassungen möglich.

- (3) Der Auftragnehmer hat den Sorgeberechtigten monatlich für die erbrachte Speisensversorgung eine prüffähige Rechnung über die Mittagessenversorgung in geeigneter Weise zur Verfügung zu stellen.

§ 10

Laufzeit und Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt nach den Herbstferien am 20.10.2025, bei Bauverzögerungen spätestens nach Fertigstellung. Der Vertrag endet am 31.07.2027.
- (2) Der Vertrag verlängert sich stillschweigend um jeweils ein weiteres Schuljahr, wenn er nicht bis spätestens 6 Monate vor Ende des jeweiligen Schuljahres von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Die maximale Vertragslaufzeit endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, am 31.7.2029.
- (3) Innerhalb einer Probezeit von 6 Monaten ab Vertragsbeginn können die Vertragspartner den Vertrag mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsende ohne Angabe von Gründen schriftlich kündigen.

§ 11

Kündigung aus wichtigem Grund

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen (Leistungsbeschreibung Pkt. 15).

Als wichtige Gründe gelten außer in den Fällen des § 8 VOL/B insbesondere:

- Der Auftragnehmer gewährt, verspricht oder bietet Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Auftraggeber Vorteile an.
- Der Auftragnehmer verstößt schwer gegen die Vertragsbestimmungen, so dass es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen. In diesem Fall hat der Kündigung der erfolglose Ablauf einer Frist von 14 Kalendertagen zur Abhilfe oder eine erfolglose Abmahnung voranzugehen. Unter den Voraussetzungen eines fristlosen Rücktritts gemäß § 323 Abs. 2 BGB ist die Fristsetzung oder Abmahnung entbehrlich.

Als derartiger Verstoß kommt etwa in Betracht, wenn die übernommenen Leistungen nicht zu dem vom Auftraggeber benannten Zeitpunkt oder nicht in der dem Vertrag entsprechenden Zeit oder Art und Weise ausgeführt werden.

Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber vor, zusätzliche Abnahmekontrollen an diesen Teilarbeiten des Gesamtauftrages durchzuführen, die die Subunternehmen durchführen.

§ 12 **Sorgfaltspflicht/Haftung**

- (1) Der Auftraggeber hat das Recht, sich jederzeit über die Qualität, Quantität, Zubereitung der Verpflegung, Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und Hygienevorschriften zu informieren und diese sowie die Einhaltung der vertraglichen Pflichten zu kontrollieren.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine ausreichende Betriebshaftpflichtversicherung, die das Risiko im Rahmen der Speisenversorgung abdeckt, abzuschließen und dem Auftraggeber auf Verlangen durch Vorlage der Versicherungspolice nachzuweisen. Änderungen in der Deckungssumme sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Der Auftragnehmer haftet ohne Verschulden für alle Schäden, die er und seine Erfüllungsgehilfen im Zusammenhang mit der Speisenzubereitung und -anlieferung in irgendeiner Weise verursachen. Außerdem haftet er für Schäden, die durch eingesetzte Maschinen, Geräte und Materialien auch ohne Mitwirkung von Personen verursacht werden. Darüber hinaus haftet er auch für alle schuldhaft verursachten Schäden. Die Haftung gilt insbesondere auch für die Verpflichtungen, die sich aus § 4 dieses Vertrages ergeben.

Der Auftraggeber ist berechtigt, hieraus entstehende Forderungen durch einfache Erklärung nach § 387 BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

- (4) Der Auftraggeber haftet nicht für die Folgen von Unfällen, die der Auftragnehmer oder seine Gehilfen bei der Ausführung ihrer Tätigkeit erleiden. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von entsprechenden Entschädigungsansprüchen einschließlich von Regressansprüchen freizuhalten

Der Haftungsausschluss gilt nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von etwaigen Ansprüchen dritter Personen, die bei der Ausführung der Arbeiten einen Schaden erleiden, freizustellen.

- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren, wenn es bei der Ausführung der vertraglich festgelegten Leistungen zu Personen- oder Sachschäden durch die Erfüllungshilfen bzw. durch den Einsatz von Fahrzeugen o.ä. kommt.

§ 13

Hinweis auf steuer- und sozialversicherungsrechtliche Pflichten

Der Auftragnehmer ist vom Auftraggeber vor Vertragsschluss darauf hingewiesen worden, dass er (der Auftragnehmer) für die Einhaltung von steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten ausschließlich und allein verantwortlich ist. Dies gilt insbesondere für die evtl. eintretende Rentenversicherungspflicht gem. § 2 Nr. 9 SGB VI (arbeitnehmerähnliche Selbstständigkeit). Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer vor Vertragsschluss empfohlen, sich durch den für ihn zuständigen Rentenversicherungsträger beraten zu lassen.

§ 14

Höhere Gewalt, Behinderung und Unterbrechung der Leistung

- (1) Sieht sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Durchführung der übernommenen Leistungen behindert oder erkennt er, dass er die Ausführungsfristen/-termine nicht einhalten kann, hat er dem Auftraggeber unverzüglich die Gründe und Dauer der voraussichtlichen Behinderung oder Verzögerung mitzuteilen.
- (2) Ausführungsfristen verlängern sich angemessen, wenn der Auftraggeber die Behinderung zu vertreten hat oder er eine ihm obliegende Mitwirkungshandlung unterlassen oder nicht fristgerecht erbracht hat. Sie verlängern sich ebenfalls angemessen, wenn die Behinderung oder Verzögerung durch Ereignisse höherer Gewalt verursacht wird. Im Übrigen besteht kein Anspruch auf Verlängerung der Ausführungsfristen.
- (3) Sobald überschaubar ist, zu welchem Zeitpunkt die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages wiederaufgenommen werden kann, ist dies dem Auftraggeber mitzuteilen.
- (4) Sobald die Ursache der Behinderung oder Unterbrechung wegfällt, hat der Auftragnehmer unter schriftlicher Mitteilung an den Auftraggeber über den voraussichtlichen Abschluss des Auftrages die Leistungen ohne besondere Aufforderung unverzüglich wiederaufzunehmen.

§ 16

Erfüllungsort/Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort für die Leistung ist der Ort, an dem sich die vom Auftraggeber im Einzelauftrag genannte Dienststelle oder Einrichtung des Auftraggebers befindet.
- (2) Gerichtsstand ist Oschatz. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

§ 18

Vertragsänderungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.
- (2) Ohne schriftliche Genehmigung des Auftraggebers darf der Auftragnehmer seine vertragsmäßige Verpflichtung nicht auf Dritte übertragen.

§ 19
Salvatorische Klausel

Dieser Vertrag bleibt auch dann gültig, wenn einzelne Bestimmungen sich als ungültig erweisen sollten. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, mit der die ursprünglich angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecke soweit wie möglich erreicht werden können.

Oschatz, den

- Auftragnehmer -

- Auftraggeber -